



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 7-8/2005

**abgeschlossen am
3. August 2005**

	<u>Seite</u>
1. Repräsentantenhaus und Senat uneinig über Verlängerung des <i>Patriot Act</i>	1
2. Congress verabschiedet Energiegesetz	2
3. Congress einigt sich auf Kompromiss zu Verkehrswegegesetz	4
4. Freihandelsabkommen mit Mittelamerika verabschiedet	5
5. Senat für Beschränkung der Haftung von Waffenherstellern	6
6. Auslandshilfebewilligung im Vermittlungsausschuss	7
7. Verteidigungsgenehmigung 2006 im Senat vertagt	8
8. Repräsentantenhaus gegen Truppenabzug aus Irak	9
9. Bush nominiert Bundesrichter John G. Roberts für Verfassungsgericht	9
10. Bush umgeht Senat bei Ernennung von VN-Botschafter Bolton	11
11. CBO legt neue Schätzungen zu Haushaltsdefizit vor	12

7-8/2005

O. Der Congress befindet sich vom 1. August bis zum 5. September 2005 („Labor Day“) in seiner traditionellen Sommerpause.

1. Repräsentantenhaus und Senat uneinig über Verlängerung des *Patriot Act*

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende Juli 2005 unterschiedliche Novellen des Sicherheitsgesetzes (*USA Patriot Act*) von 2001 verabschiedet.

Gemäß den Bestimmungen des unmittelbar nach den Terroranschlägen vom September 2001 verabschiedeten *Patriot Act* laufen Ende des Jahres insgesamt 16 der den Geheimdiensten und der Polizei zusätzlich erteilten Ermittlungsbefugnisse aus (vgl. CR 10/2001, S.1).

Präsident Bush und Justizminister Alberto Gonzales haben nach der doppelten Anschlagsserie auf das Londoner Nahverkehrssystem im Juli ihren Appell an den Congress erneuert, die auslaufenden Bestimmungen unbefristet festzuschreiben und auszuweiten.

Der Präsident und der Justizminister bekräftigten ihre Einschätzung, dass sich der *Patriot Act* im Kampf gegen den Terrorismus als effektives Instrument erwiesen habe und dass die Sonderbefugnisse der Sicherheitsdienste die Freiheitsrechte der Bürger nicht gefährdeten, sondern deren Schutz dienten.

Kritiker von Seiten der *American Civil Liberties Union* (ACLU) und aus den Reihen der demokratischen Opposition wie der republikanischen Mehrheiten im Congress hielten jedoch daran fest, dass ein Zurückschneiden und verstärkte Kontrollen der Ermittlungsbefugnisse unabdingbar seien.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete nach einer kontroversen, mehrstündigen Debatte mit 257:171 Stimmen eine Novelle, die 14 der 16 Bestimmungen permanent fest schreibt und zwei weitere um zehn Jahre verlängert. 43 Demokraten schlossen sich in der Abstimmung der republikanischen Mehrheit an.

Die befristete Verlängerung der beiden am heftigsten umstrittenen Bestimmungen, der personenbezogenen Abhörerlaubnis (*roving wiretaps provision*) und der geheimen Einsichtnahme in Unterlagen privater Geschäfte und öffentlicher Organisationen (*records provision*) soll eine erneute Überprüfung der Ermittlungspraktiken im Kampf gegen den Terrorismus sicherstellen.

Das Repräsentantenhaus hat zudem die geheime Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen von der persönlichen Zustimmung des Direktors der Bundespolizei FBI (*Federal Bureau of Investigation*) abhängig gemacht und die Meldeauflagen für Abhöraktionen erhöht.

Ein Versuch der demokratischen Opposition, die Verlängerung aller auslaufenden Bestimmungen auf zehn Jahre zu befristen, konnte von der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses nur mit Mühe und nach einer Verlängerung der Abstimmung abgewehrt werden.

Der Senat nahm seine Version des *Patriot Act* dagegen am 29. Juli 2005 in nicht-namentlicher Abstimmung ohne Gegenvoten an.

Die federführenden Senatoren, Arlen Specter (R-Pa.), der Vorsitzende des Justizausschusses, und Dianne Feinstein (D-Cal.), haben in der von ihnen eingebrachten Vorlage die Verlängerung der personenbezogenen Abhörerlaubnis und der geheimen Einsichtnahme auf nur vier Jahre befristet.

Zusätzlich besteht der Senat auf verschärften Standards für Genehmigungen von geheimen Einsichtnahmen in Geschäftsunterlagen und der Möglichkeit, Einspruch gegen die Beschlüsse unter dem *Foreign Intelligence Service Act* (FISA) zu erheben. Zudem sieht er eine Unterrichtung der Betroffenen bei verdeckten Durchsuchungen vor, wenn keine gerichtlichen Ausnahmegenehmigungen vorliegen.

In dem anstehenden Vermittlungsverfahren zwischen beiden Kammern hat der Senat angesichts der breiten, zwischenparteilichen Zustimmung und der sichtlichen Vorbehalte auch republikanischer Abgeordneter, die von der Fraktionsführung kaum auf Linie zu halten waren, leichte Vorteile. Präsident Bush hat sich jedoch für die Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses stark gemacht.

Bemerkenswert scheint, dass selbst nach den Londoner Anschlägen, die das Bedrohungspotenzial des Terrorismus erneut in dramatischer Form herausgestrichen haben, der Congress an einer kritischen Überprüfung der Ermittlungsbefugnisse festhält und auch zu einer Einschränkung von staatlichen Sonderkompetenzen bereit ist, wenn bürgerliche Freiheitsrechte ohne zwingende Gründe eingeschränkt werden.

2. Congress verabschiedet Energiegesetz

Nach mehrjährigem Tauziehen um die Energiepolitik Präsident George W. Bushs haben Repräsentantenhaus und Senat Ende Juli 2005 eine von dem gemeinsamen Vermittlungsausschuss der beiden Kammern ausgehandelte Gesetzesvorlage verabschiedet.

Das Repräsentantenhaus sprach sich am 28. Juli 2005 mit der klaren Mehrheit von 275:156 Stimmen für den Verhandlungskompromiss aus. 75 Demokraten schlossen sich dabei der republikanischen Mehrheit an. Der Senat nahm die Vorlage mit 74:26 Stimmen ebenfalls mit überparteilicher Mehrheit an.

Den Durchbruch in den konfliktreichen Verhandlungen ermöglichten substantielle Zugeständnisse der republikanischen Mehrheiten und eine genuine Kooperation mit der demokratischen Opposition unter der Federführung von Senator Pete V. Domenici (R-N.M.), dem Vorsitzenden des *Senate Energy and Natural Resources Committee*.

Präsident Bush hatte sein Konzept zur Sicherung der nationalen Energieversorgung und der Stabilisierung des Stromnetzes, das von einer Kommission unter Leitung von Vizepräsident Dick Cheney ausgearbeitet worden war, bereits 2001 vorgestellt (vgl. CR 5/2001, S. 7).

Die grundsätzliche Kritik an der Energiepolitik der Präsidenten konzentrierte sich auf die einseitige Förderung der Erschließung neuer Energieressourcen und die Vernachlässigung von Technologien zur effizienteren Energienutzung.

Als wichtigste Hindernisse einer schnellen Verabschiedung des Energiegesetzes erwiesen sich vor allem die Öffnung des Arctic National Wildlife Reservoir (ANWR) in Alaska sowie die Einschränkung der Haftungspflichten für die Verwendung eines Methyläther (MTBE) als Kraftstoffzusatz, der die Grundwasserversorgung belastet.

Die republikanische Mehrheit im Congress akzeptierte die Ausklammerung dieser beiden Hauptstreitpunkte aus der verabschiedeten Vorlage und akzeptierte eine Aufstockung der Subventionen für alternative Energien.

Im Gegenzug verzichteten die Demokraten auf striktere Effizienzstandards für Kraftfahrzeuge und nahmen eine Reihe von Ausnahmeregelungen für den Bau und Betrieb von Kraftwerken hin, die entsprechende Investitionen erleichtern sollen.

Die Steuervergünstigungen und Subventionen von schätzungsweise 85 Mrd. USD fließen in alle Energiebereiche. Sie sollen dem Ausbau der Kohle-, Öl-, Gas- und Kernkraftkapazitäten ebenso zugute kommen wie der Energiegewinnung durch Sonne-, Wind- und Wasserkraftwerke sowie der Äthanol-Produktion.

Kritiker wiesen jedoch angesichts der Subventionen für die Energieversorger darauf hin, dass der Griff in die Staatskasse angesichts der gegenwärtig ohnehin hohen Energiepreise kaum zu rechtfertigen ist.

Befürworter der Vorlage hielten wiederum daran fest, dass notwendige Großinvestitionen und Forschungsinitiativen durch die staatlichen Subventionen begünstigt würden. Kurz- oder mittelfristige Entlastungen seien mit Blick auf die hohen Energiepreise sowieso nicht zu erwarten.

Während die Haftungsbeschränkungen für die Verwendung des umstrittenen Kraftstoffzusatzes MTBE vorerst ausgeklammert worden sind, haben die republikanischen Fraktionen angekündigt, einen erneuten Anlauf zur Öffnung der Naturschutzgebiete Alaskas für die Ölexploration noch in der laufenden Sitzungsperiode unternehmen zu wollen.

3. Congress einigt sich auf Kompromiss zu Verkehrswegegesetz

Nach knapp zweijährigem Verhandlungsmarathon und insgesamt elf temporären Verlängerungen des ausgelaufenen Verkehrswege-Fördergesetzes haben sich Senat und Repräsentantenhaus Ende Juli 2005 auf eine Kompromissvorlage geeinigt (siehe CR 5/2005, S. 8).

Das Repräsentantenhaus nahm die Vorlage (*Highway Bill*) am 29. Juli mit 412 gegen 12 Stimmen an. Mit der ebenfalls überwältigenden Mehrheit von 94 gegen 4 Stimmen sprach sich der Senat nur wenige Stunden später für die Verabschiedung der Gesetzesvorlage aus.

Die bis 2009 befristete Neuauflage des Verkehrswegegesetzes sieht Fördermittel von insgesamt 286,5 Mrd. USD für den Straßenbau, öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrssicherheit vor.

Damit liegt das Subventionsvolumen für Einzelstaaten und Kommunen knapp 2 Mrd. USD über dem vom Repräsentantenhaus beschlossenen Niveau und etwa 9 Mrd. USD unter dem vom Senat vorgeschlagenen Ausgabenrahmen.

Die Bush-Administration hatte zunächst versucht, die Gesamtausgaben unter 260 Mrd. USD zu halten, sich unter dem Druck der Ausgabenwünsche der Mitglieder des Congress jedoch den Finanzierungsvorgaben des Repräsentantenhauses angeschlossen.

Dessen ungeachtet gab die Administration bereits im Vorfeld der Verabschiedung zu erkennen, dass sie die Neuauflage des Gesetzes nicht wie zuvor angedroht mit einem Veto des Präsidenten belegen würde.

Fiskalkonservative Republikaner kritisierten vor diesem Hintergrund die Administration wie den Congress für die angesichts sinkender Defiziterwartungen (vgl. auch Punkt 11) nachlassende Haushaltsdisziplin.

Sie hielten vor allem dem Congress vor, das Verkehrswegegesetz mit zweifelhaften Sonderprojekten für ihre Distrikte und Einzelstaaten überladen zu haben. Die Administration habe, unter anderem um die Durchsetzung des Freihandelsabkommens mit Mittelamerika (CAFTA, siehe Punkt 4) zu erleichtern, eingelenkt.

Die Befürworter des Verkehrswegegesetzes wiederum betonten die große Bedeutung des Gesetzes für die Planungssicherheit und Finanzierung des nationalen Infrastrukturausbaus.

4. Freihandelsabkommen mit Mittelamerika verabschiedet

Das Repräsentantenhaus hat sich am 28. Juli 2005 mit der sehr knappen Mehrheit von 217:215 Stimmen für ein Freihandelsabkommen mit Mittelamerika ausgesprochen. Das so genannte *Central American Free Trade Agreement* (CAFTA) sieht die Beseitigung der meisten tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse gegenüber Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und der Dominikanischen Republik vor.

Für CAFTA stimmten 202 Republikaner und 15 Demokraten. Gegen das Freihandelsabkommen sprachen sich 187 Demokraten und 27 Republikaner sowie ein unabhängiger Abgeordneter aus.

Im Einzelnen sieht die Gesetzesvorlage (*House Resolution 3045; House Report 109-182*) u.a. vor:

- Eliminierung sämtlicher Einfuhrzölle auf Produkte aus den oben genannten Staaten, die mit Garnen und Stoffen hergestellt wurden, die ihren Ursprung in den USA haben;
- Abbau der Handelsbarrieren für Produkte in den Bereichen Telekommunikation, Computer, Tourismus, Finanzdienstleistungen, Versicherungswirtschaft und Unterhaltungsindustrie;
- Abbau der Handelsbarrieren für etwa 50 Prozent der US-amerikanischen Agrarprodukte, darunter Mais und Sojabohnen;
- erhöhte Importquoten für Zucker aus den CAFTA-Staaten, auch wenn die Quotenerhöhung über 15 Jahre nur 0,2 Prozent (gemessen an der jährlichen US-amerikanischen Zuckerproduktion) beträgt;
- verstärkte Korruptionsbekämpfung in den CAFTA-Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit Regierungsaufträgen;
- Stärkung von Arbeitnehmerrechten in den CAFTA-Staaten, auch wenn diese nicht durch die *International Labor Organization* überwacht werden.

Präsident Bush war im Vorfeld der Entscheidung gezwungen, sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um die Gesetzesvorlage im Repräsentantenhaus durchzusetzen. Unterstützt wurde er von seinem Vizepräsidenten Dick Cheney, dem Handelsbeauftragten Rob Portman sowie Landwirtschaftsminister Mike Johanns und Handelsminister Carlos Gutierrez. Die Bush-Administration unterstrich insbesondere die Bedeutung des Freihandelsabkommens für die Förderung der Demokratie in der Region.

Kritik an dem von Bush favorisierten Freihandelsabkommen kam vor allem von den Demokraten, die in CAFTA eine Chance sahen, die politischen Spielräume des Präsidenten im republikanisch kontrollierten Repräsentantenhaus zu testen. Unterstützung erhielten die Demokraten unter Führung von *House Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.) dabei von einer Gruppe von 27 Republikanern, die sich gegen den Präsidenten (und ihre Fraktionsführung) stellten und CAFTA ablehnten. Begründet wurde der Widerstand gegen CAFTA in der Regel mit dem Schutz heimischer Textil- und Zuckerproduzenten, obwohl so genannte „sensible Agrarprodukte“ im Rahmen des Freihandelsabkommens während eines Zeitraumes von 20 Jahren von der vereinbarten Marktöffnung ausgenommen bleiben.

Demgegenüber bezeichneten die Befürworter der Entscheidung CAFTA als wichtigen Baustein für die Zukunft des Freihandels und der wirtschaftlichen Zukunft der Vereinigten Staaten. Den Kritikern warfen sie vor, das Thema zu politisieren, um Bush symbolisch in die Defensive zu drängen. Schließlich liege das Bruttoinlandsprodukt der am neuen Freihandelsabkommen beteiligten Staaten zusammen gerade mal bei 200 Mrd. USD pro Jahr.

Der Senat folgte der Entscheidung des Repräsentantenhauses mit 55:45 Stimmen, und George W. Bush hat CAFTA am 2. August 2005 mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt.

Der amerikanische Präsident bezeichnete CAFTA als mehr „als ein Handelsgesetz“, weil damit das Interesse der USA am Erfolg der „Demokratien in der Hemisphäre“ unterstrichen wird, was im „nationalen Sicherheitsinteresse“ der Vereinigten Staaten liegt. So gesehen geht es bei CAFTA nicht nur um wirtschaftliche Aspekte, sondern auch um den Einfluss der USA auf die Stabilität in der Region. „CAFTA“, so der Präsident, „befördert dieses Ziel.“

5. Senat für Beschränkung der Haftung von Waffenherstellern

Der Senat hat am 29. Juli 2005 eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die Hersteller, Händler und Importeure von Schusswaffen vor Haftungsklagen von Opfern von Waffengewalt ausnimmt.

Für die von Larry E. Craig (R-Idaho) eingebrachte und von der republikanischen Fraktionsführung befürwortete Vorlage stimmten 65 Senatoren, darunter 15 Demokraten und der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (I-Vt.).

Im Vorjahr war der von der einflussreichen *National Rifle Association* (NRA) unterstützte Gesetzentwurf im Senat gescheitert. Angesichts erfolgreicher Änderungsanträge der Opposition, wie einer Verlängerung des Verkaufsverbots für automatische Waffen, hatten die Befürworter des Gesetzes den Entwurf auf Druck der NRA zurückgezogen.

Allerdings hat die Niederlage des früheren Fraktionsführers der Demokraten im Senat, Tom Daschle (S.D.), in den Congress-Wahlen 2004 die Opposition gegen die Haftungsbeschränkungen merklich gedämpft.

Die Abwahl Daschles wurde unter anderem einer kritischen Kampagne der NRA zugeschrieben, die den *Minority Leader* für das Fehlschlagen der Verabschiedung des Gesetzes verantwortlich gemacht hatte.

Mehrere Versuche demokratische Änderungsanträge durchzusetzen, die Klagen vor allem von Polizisten und Minderjährigen zugelassen hätten, wurden mit deutlichen Mehrheiten zurückgewiesen.

Das Repräsentantenhaus wird über die Gesetzesvorlage nach dem Ende der laufenden Sitzungspause im September 2005 entscheiden. Die Annahme der Vorlage gilt als ebenso gesichert wie die Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten.

6. Auslandshilfebewilligung im Vermittlungsausschuss

Repräsentantenhaus und Senat haben ihre Vorlagen für das Auslandshilfebewilligungsgesetz („Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Appropriations Act 2006“) verabschiedet und am 20. Juli 2005 zur Synchronisierung an den Vermittlungsausschuss überwiesen.

Das Repräsentantenhaus traf seine Entscheidung Ende Juni 2005 mit 393:32 Stimmen (*House Resolution 3057; House Report 109-152*). Der Senat verabschiedete seine Vorlage für *Foreign Operations Appropriations* im Haushaltsjahr 2006 am 20. Juli 2005 mit 98:1 Stimmen (*Senate Report 109-96*).

Die Vorlage des Repräsentantenhauses hat ein Volumen von 20,27 Mrd. USD, die des Senats von 31,67 Mrd. USD. Die Differenz ergibt sich unter anderem aus den 9,74 Mrd. USD, die vom Senat für die Aufgaben des *State Department* in seinen Bewilligungsansatz einbezogen wurden.

Beide Bewilligungsansätze sehen eine empfindliche Kürzung für die *Millennium Challenge Corporation* vor, für die Bush vom Congress 3 Mrd. USD angefordert hat. Während die Mittelansätze beider Kammern für die Militärhilfe mit 4,71 Mrd. (Repräsentantenhaus) und 4,89 Mrd. USD (Senat) nur wenig voneinander abweichen, sind die Differenzen im Bereich der *Bilateral Economic Assistance* erheblich. Hier möchte der Senat 1,7 Mrd. USD mehr ausgeben als das Repräsentantenhaus.

Dort ist vor allem die Auslandshilfe für Saudi-Arabien in die Kritik geraten, die bis auf eine symbolische Summe in Höhe von 25.000 USD eingefroren werden soll, weil die Regierung in Riad den „Terrorismus exportiere“ und für die Eskalation der Gewalt im

Irak mitverantwortlich sei. Kritik gibt es auch an der Darlehensvergabe an die Volksrepublik China im Rahmen der Export-Import-Bank, die sowohl von liberalen Demokraten als auch konservativen Republikanern heftig attackiert wird.

Im Senat wiederum ist die Militärhilfe für Ägypten in die Schusslinie konservativer Republikaner geraten, die als nicht mehr zeitgemäß angesehen wird. Mit einer Entscheidung beider Kammern zum Auslandshilfeeat 2006 wird nicht vor Ende September gerechnet.

7. Verteidigungsgenehmigung 2006 im Senat vertagt

Im Senat ist die Verabschiedung des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes 2006 (National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2006) von Majority Leader Bill Frist (R-Tenn.) Ende Juli 2005 vorläufig von der Tagesordnung genommen worden. Auslöser für Frists Entscheidung war ein gescheitertes Cloture, mit dem die republikanische Senatsführung die unbegrenzte Debatte über einzelne Zusätze zur „Defense Authorization“ (*Senate Report* 109-69) beenden wollte.

Dazu bedarf es laut Geschäftsordnung des Senats einer Mehrheit von 60 Stimmen (Dreifünftel der Mitglieder der Kammer). Tatsächlich erhielt Frist für sein Cloture-Begehren jedoch am 26. Juli 2005 nur 50 Ja-Stimmen, während sich 48 Mitglieder der Kammer (darunter sieben Republikaner) gegen eine Beendigung des *Filibuster* aussprachen (siehe auch CR 5/2005, S. 1). Frist setzte die Beratung über die „Defense Authorization“ daraufhin im Plenum des Senats aus, wohl auch um drohenden politischen Schaden für seine Fraktion – und Präsident Bush – abzuwenden.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht zum einen ein kontroverser Zusatz einiger Republikaner um Senator John Thune (S.D.), der sich gegen geplante Stützpunktschließungen durch das Pentagon richtet. Heftig umstritten ist zum anderen ein Zusatz der Republikaner John Warner (Va.), John McCain (Ariz.) und Lindsey Graham (S.C.), der darauf abzielt, den im Militärlager Guantanamo Bay auf Kuba Festgehaltenen einen Kriegsgefangenenstatus einzuräumen, welcher die inhumane Behandlung der dort festgehaltenen ebenso unter Strafe stellen würde wie Verhörmethoden, die nicht durch den Army Field Manual gedeckt sind.

Den Hintergrund für diese Initiative bildet die wachsende inneramerikanische Kritik am Gefangenenlager *Guantanamo Bay* (vgl. CR 6/2005, S. 1), wo der Administration Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden und eine unabhängige Überprüfung der Haftbedingungen angemahnt wird.

Vizepräsident Dick Cheney hat dem Vernehmen nach Ende Juli 2005 gleich zweimal republikanische Mitglieder des *Senate Armed Services Committee* aufgesucht, um sie von dem Zusatz zu *Guantanamo Bay* abzubringen.

Die Auseinandersetzung zeigt, dass Bush zwischenzeitlich auch innerhalb der republikanischen Fraktion des Senats politisch in die Defensive geraten ist (vgl. auch CR 6/2005, S. 8). So hat Lindsey Graham, den Cheney aufgesucht hatte, um ihn zu einer Kursänderung zu bewegen, angekündigt, dass er auf seiner Position zu *Guantanamo Bay* zu beharren gedenkt.

Inwieweit sich dadurch die Verabschiedung der „Defense Authorization“ über die Sommerpause des Senats hinaus verzögert, bleibt abzuwarten. Das Repräsentantenhaus hat seine Entscheidung über den *National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2006* bereits Ende Mai 2005 getroffen (*House Resolution 1815*). Danach sollen für das Pentagon der Sache nach im nächsten Haushaltsjahr, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2005 beginnt, insgesamt 485 Mrd. USD genehmigt werden, worin auch 49 Mrd. für die laufenden militärischen Operationen im Irak und in Afghanistan enthalten sind.

8. Repräsentantenhaus gegen Truppenabzug aus Irak

Das Repräsentantenhaus hat sich am 20. Juli 2005 im Rahmen seiner Verabschiedung des *Foreign Relations Authorization Act (House Resolution 2601)* im Rahmen eines Zusatzes gegen einen vorzeitigen Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak ausgesprochen.

Die Entscheidung, die mit 291:137 Stimmen getroffen wurde, geht auf eine Initiative von Ileana Ros-Lehtinen (R-Fla.) zurück, die zur Begründung darauf hinwies, dass mit jeder Diskussion über einen baldigen Abzug der USA aus dem Irak das falsche Signal an die „Terroristen und deren Abnutzungskrieg“ gesendet würde.

Präsident Bush ist mit seiner Irakpolitik seit seiner Wiederwahl im vergangenen November innenpolitisch merklich in die Defensive geraten (vgl. CR 6/2005, S. 8), was die Republikaner im Repräsentantenhaus zu konterkarieren suchen.

Von demokratischer Seite hat ihnen dies den Vorwurf eingebracht, dass sie versuchten die Befürworter einer „Exit-Strategie“ in ein schlechtes Licht zu rücken. Der Zusatz, so die Demokratin Barbara Lee (Cal.), ziele darauf ab, „die Kritiker der Irakpolitik der Administration zu marginalisieren und mundtot zu machen.“

9. Bush nominiert Bundesrichter John G. Roberts für Verfassungsgericht

Der am 1. Juli 2005 bekannt gegebene Rückzug der renommierten Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor zum Ende der diesjährigen Sitzungsperiode des *Supreme Court* hat Politiker wie Vertreter gesellschaftlicher Interessengruppen sichtlich überrascht und zu teilweise heftigen Kontroversen um die Nachfolge geführt.

Präsident Bush hat Mitte Juli 2005 mit der kaum weniger überraschenden Nominierung des wenig bekannten John G. Roberts, seit zwei Jahren Richter am Bundesberufungsgericht für den Bezirk *District of Columbia*, den aufflammenden Auseinandersetzungen den politischen Zündstoff allerdings weitgehend entzogen.

Beobachter, die seit mehreren Jahren den baldigen Rückzug eines oder möglicherweise mehrerer Verfassungsrichter erwarteten, hatten sich zuletzt auf den an Krebs erkrankten *Chief Justice* William H. Rehnquist konzentriert, der Gerüchte um seinen bevorstehenden Rückzug aus dem Richtergremium jedoch wiederholt dementiert hat.

Besondere Bedeutung erhält der Rücktritt O'Connors, weil die Bundesrichterin als eine um Ausgleich bemühte Konservative in umstrittenen Fällen häufig den Ausschlag gegeben hat.

Die als erste Frau am *Supreme Court* von Präsident Ronald Reagan nominierte Richterin hatte konservative Republikaner beispielsweise mit Entscheidungen gegen eine Revision des durch ein Urteil von 1973 (*Roe v. Wade*) garantierten Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und gegen eine Untersagung von Förderprogrammen zugunsten von Minderheitengruppen und Frauen enttäuscht.

Für konservative Republikaner bietet O'Connors Rückzug entsprechend die Chance, einen längerfristigen Einfluss auf den Kurs der Richtermehrheit im *Supreme Court* zu nehmen, während liberale Demokraten die Balance des Obersten Gerichts der USA gefährdet sehen.

In dieser Situation mobilisierten vor allem Gruppen aus dem konservativ-religiösen Spektrum präventiv gegen die als wahrscheinlich erachtete Nominierung von Justizminister Alberto Gonzales, der als Pragmatiker gilt. Präsident Bush zeigte sich konsterniert über die scharfen Attacken gegen seinen persönlichen Freund, verzichtete schlussendlich jedoch auf eine Nominierung von Gonzales.

Der von Bush vorgeschlagene Roberts gilt ebenfalls nicht als ideologischer Rechtsaußen, sondern als brillanter Jurist und zurückhaltender Konservativer, der bisher politische Profilierungsversuche zugunsten einer professionellen, intellektuell überzeugenden Arbeit unterlassen hat.

Roberts juristische Philosophie ist aufgrund der bisher nur kurzen Karriere des 50-jährigen Harvard-Juristen und früheren Assistenten von *Chief Justice* Rehnquist bestenfalls in Ansätzen zu erkennen. Soweit eigenständige Arbeiten und Urteile zu bedeutenden Streitfragen vorliegen, zeigen sie eine konservative Haltung, die richterliche Zurückhaltung gegenüber der Politik propagiert und lassen Neigung zu radikalen Revisionen der gängigen Rechtsprechung erkennen.

Bushs strategisch kluger, nach den harschen Auseinandersetzungen um die Rolle des Senats in der Prüfung und Bestätigung von Bundesrichtern in den zurückliegenden

Monaten (vgl. CR 5/2005, S. 1) eher zur Konfliktdeeskalation geeigneter Vorschlag hat Spekulationen um eine mögliche Blockade der Ernennung durch die Opposition schnell die Grundlage entzogen.

Die Demokraten setzen angesichts des vergleichsweise breiten „Appeals“ des Kandidaten auf eine Strategie der detaillierten Prüfung und Befragung, die für künftige Fälle die Standards zugunsten der Opposition verschiebt. Demgegenüber hat die Administration bereits im Vorfeld der Anhörungen nach dem Ende der laufenden Sitzungspause deutlich gemacht, dass sie nicht allen Forderungen nach Information nachkommen will.

Keine Rolle für die Anhörungen scheint dagegen der Umstand zu spielen, dass viele, auch republikanische Beobachter, angesichts des Verzichts des Präsidenten auf die Nominierung einer Frau oder eines hispanisch-amerikanischen Mannes merklich enttäuscht sind.

Ungeachtet der zu erwarteten Auseinandersetzungen zwischen Congress und Exekutive um die Bereitschaft des Kandidaten zur Beantwortung kontroverser Fragen und den Zugang der Senatsmitglieder zu Regierungsdokumenten ist mit einer relativ zügigen Bestätigung zu rechnen.

10. Bush umgeht Senat bei Ernennung von VN-Botschafter Bolton

Präsident Bush hat sich am 1. August 2005 gegen den Rat einiger führender Republikaner dazu entschlossen, den Senat bei der Nominierung von John Bolton für den Posten des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen zu umgehen, und den umstrittenen Republikaner im Wege des *Recess Appointment* zu ernennen.

Die Demokraten hatten die Ernennung Boltons, der als scharfer Kritiker der Vereinten Nationen und Vertreter eines hegemonialen Internationalismus in der Weltpolitik der USA gilt, zuvor fünf Monate lang mittels Filibuster blockiert (vgl. CR 6/2005, S. 7; CR 5/2005, S. 3).

Bush machte nun von seinem Recht des *Recess Appointment* Gebrauch, um die Blockade zu überwinden. Er bezog sich dabei auf Artikel 2, Abschnitt 2 der amerikanischen Verfassung von 1787, in dem es heißt, dass der Präsident die Befugnis hat „to fill up Vacancies that may happen during the Recess of the Senate“. Allerdings erlischt eine solche Ernennung mit dem Ende der nächsten Sitzungsperiode, also am 3. Januar 2007.

Dass Bush sich unter den Bedingungen eines *unified government* zu dieser Vorgehensweise entschlossen hat, zeigt, wie begrenzt sein Handlungskorridor gegenüber dem Senat zu Beginn seiner zweiten Amtszeit ist. Das gilt zum einen gegenüber der republikanischen Senatsfraktion, wo gemäßigt-konservative Fraktionsmitglieder wie

George Voinovich (Ohio) Bush die Gefolgschaft verweigert haben. Das gilt zum anderen gegenüber den Demokraten, die mit dem *Filibuster* über ein machtvolles Blockadeinstrument gegenüber dem Weißen Haus verfügen.

Statistisch gesehen hat sich George W. Bush in seiner ersten Amtszeit im Durchschnitt 28 Mal pro Jahr des Instruments des *Recess Appointment* bedient. Zum Vergleich: Clinton setzte dieses Instrument in seinen beiden Amtsperioden im Durchschnitt 18 Mal pro Jahr ein.

Bush begründete seine Entscheidung mit der parteipolitisch motivierten Verzögerungspolitik der Demokraten. Er unterstrich, dass die Vereinigten Staaten unverändert auf eine tiefgreifende Reform der Vereinten Nationen drängen, was die Ernennung eines neuen VN-Botschafters unverzichtbar macht.

Senate Minority Leader Mary M. Reid (Nev.) wiederum warf dem Präsidenten vor, dass er seine präsidentiellen Vollmachten politisch missbraucht, um einen höchst umstrittenen und schwachen Kandidaten für den VN-Posten ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen.

Jenseits der symbolischen Politik, die mit der Auseinandersetzung um die Bestätigung Boltons verbunden war, sollte nicht vergessen werden, dass der neue VN-Botschafter seine Direktiven von der Außenministerin erhält, die (gemeinsam mit dem Präsidenten) die Grundlinien der Politik der USA gegenüber der Weltorganisation bestimmt.

11. CBO legt neue Schätzungen zu Haushaltsdefizit vor

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat Anfang Juli 2005 neue Prognosen zur Defizitentwicklung des amerikanischen Bundeshaushalts vorgelegt, die ein optimistischeres Bild zeichnen als noch zu Beginn des Jahres (vgl. CR 1/2005, S. 9).

Danach soll das Defizit im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr bei 400 Mrd. USD, sondern zwischen 325 und 350 Mrd. USD liegen. Als Grund für diese korrigierte Schätzung nennt CBO die positive Wirtschaftsentwicklung in den USA. So liegen die Steuereinnahmen 15 Prozent über jenen des Vergleichszeitraumes 2004.

Im vergangenen Haushaltsjahr hatte das Haushaltsdefizit in den USA den Rekordumfang von 412,6 Mrd. USD erreicht.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern